

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Ein frohes und gesegnetes neues Jahr 2018 wünsche ich euch allen zunächst einmal! Ich hoffe, ihr seid alle gut „reingerutscht“. Euch von ganzem Herzen alles Gute, Glück und allem voran natürlich Gesundheit!

Während ihr heute die erste Ausgabe der „Wahlkreispost“ in 2018 lest, hat das politische Jahr ja schon vor über einer Woche wieder begonnen. Während ich euch diese Zeilen schreibe, ist es noch Donnerstag, der

11. Januar. Die Sondierer von CDU, CSU und SPD sitzen also gerade noch zusammen und noch ist – wenn auch immer wieder Gerüchte herum kursieren – nichts über das Ergebnis bekannt. Ihr seid da wahrscheinlich jetzt schon etwas schlauer als ich es gerade noch bin.

Zunächst möchte ich sagen, dass ich einer weiteren Großen Koalition nach wie vor sehr skeptisch gegenüberstehe. Was auch immer jetzt bei den Sondierungen herauskommen mag – es darf jedenfalls kein reines „Weiter so“ der bisherigen „GroKo“ sein. Das gilt nicht nur für die Inhalte, sondern auch für den Stil und den Umgang miteinander. Und ich bin mir sicher: Um den Sonderparteitag am 21.01.2018 in Bonn davon zu überzeugen, gegebenenfalls Koalitionsverhandlungen mit der Union aufzunehmen, braucht es vor allem ein wirkliches Projekt, für das es sich auch lohnt, diese Koalition noch einmal einzugehen. Sonst sehe ich weiterhin überhaupt keine Notwendigkeit für die SPD, das Feld der Opposition der AfD zu überlassen. Auf dem weiteren Weg gilt es nach wie vor, möglichst viel Basisbeteiligung zu ermöglichen. Dazu gehören nach meinem Dafürhalten auch ausreichend Gästeplätze auf dem Sonderparteitag. Hier ist hier bereits berechtigte Kritik laut geworden. Ich hoffe sehr, dass sich hier noch einiges tut.

Euch, dir ihr nun mehr wisst, wünsche ich eine gute Woche!

Eure Sabine



BUNDESPRÄSIDENT EHRT SIEBEN RHEINLAND-PFÄLZER FÜR IHR EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Einladung zum Neujahrsempfang des Bundespräsidenten

Der Zusammenhalt sei in Rheinland-Pfalz so stark, weil jeder zweite Rheinland-Pfälzer ehrenamtlich aktiv ist. Das hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer anlässlich des Neujahrsempfangs des Bundespräsidenten betont. Dazu sind am 9. Januar eine Bürgerin und sechs Bürger aus Rheinland-Pfalz von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins Schloss Bellevue nach Berlin eingeladen worden. Damit würdigt der Bundespräsident auf Vorschlag von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ihr langjähriges ehrenamtliches Engagement stellvertretend für die vielen Menschen, die sich im Land selbstlos und unentgeltlich einbringen. Die Ministerpräsidentin unterstrich, dass sie sich über die Wertschätzung freue, die der Bundespräsident mit seiner Einladung zu diesem festlichen Jahresauftakt zum Ausdruck bringe. Sie wird beim Neujahrsempfang durch die Bevollmächtigte des Landes beim Bund, Staatssekretärin Heike Raab, vertreten.

Margit Schupp aus Kaiserslautern engagiert sich seit 1997 für die Spendenaktion „alt-arm-allein“. Der Verein hilft alleinstehenden Menschen im Alter von über 60 Jahren, deren Einkommen an oder unter der Armutsgrenze liegt, mit Sachzuwendungen und menschlichen Begegnungen. Frau Schupp ist zudem Redakteurin beim Sprachrohr des Vereins, der Zeitschrift „WIR“. Sie begleitet die Menschen bei Ausflügen, ist mitverantwortlich für die Vergabe der Sachmittel und macht Hausbesuche.

Helmut Göllinger aus Neuhofen ist seit mehr als 50 Jahren ehrenamtlich beim DRK-Ortsverein Neuhofen e.V aktiv, wo er Veranstaltungen und Projekte organisiert und begleitet. Er setzt sich als ein stiller Helfer für die Gesellschaft immer da ein, wo Hilfe gebraucht wird, zum Beispiel bei den Blutspendeterminen, den Kleidersammlungen und Erste-HilfeKursen. Auch im beim DRK-Kreisverband des Rhein-Pfalz-Kreises arbeitet Helmut Göllinger mit.

Andreas Höwer aus Höhr-Grenzhausen ist als hauptberuflicher Brandmeister in Koblenz zusätzlich aktives Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr der Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen. Dort engagiert er sich ehrenamtlich als Schulklassenbetreuer und führt Brandschutzunterweisungen in Kindergärten und Seniorenheimen durch.



Unter seiner Federführung wurde Anfang 2016 das Konzept entwickelt, Geflüchtete über Verhaltensregeln bei einem Brandfall, den richtigen Umgang mit Feuer und die Verhinderung von Bränden zu unterrichten. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen.

Rimah Khalouf aus Mainz unterstützt syrische Flüchtlinge beim Einstieg in ihr neues Leben in Deutschland. Beim Fußballverein SC Vitesse Mayence betreut er die zweite Herrenmannschaft, in der mittlerweile zahlreiche Flüchtlinge spielen. Rimah Khalouf vermittelt dabei nicht nur die Freude an sportlicher Betätigung, sondern legt auch viel Wert auf Durchhaltevermögen und diszipliniertes Verhalten. Er ist zudem Ansprechpartner für viele Flüchtlinge beim Umgang mit Behörden und der Suche nach Arbeit und Integrationsmaßnahmen. Aufgrund seines persönlichen Migrationshintergrundes und seines beruflichen Erfolges als Bauunternehmer bietet er ein Rollenvorbild, dem die – meist jungen – Geflüchteten respektvoll gegenüberzutreten.

Ralf Langkammer aus Kaiserslautern engagiert sich seit 2001 aktiv im Förderverein für das gemeinsame Projekt „Mama/Papa hat Krebs“ der Krebsgesellschaften Kaiserslautern und Ludwigshafen. Hier kümmert er sich mit großem Einsatz als Schatzmeister um die Finanzen, ist aber auch an zahlreichen weiteren Aktivitäten des Vereins beteiligt. Darüber hinaus ist Ralf Langkammer als Vorstandsmitglied des Fördervereins der Förderschule „Schule am Beilstein“ und auch im Schulelternbeirat aktiv. Weiterhin engagiert sich Ralf Langkammer im Vorstand des „Verband William Beuren Syndrom Rheinland Pfalz“.

Hans-Peter Pesch aus Wittlich arbeitet seit mehr als zehn Jahren ehrenamtlich als Seniortrainer der Ehrenamtsagentur des Landkreises Bernkastel-Wittlich. Weiter ist er Ansprechpartner der „Wittlicher Brücke“, einer Anlaufstelle für das Gemeinschaftsprojekt der Stadt Wittlich und der Ehrenamtsagentur für ältere Menschen oder solche, die aufgrund geringer finanzieller Mittel auf Hilfe angewiesen sind. Auch im Projekt „Rückenwind“ (Hilfe für Angehörige Inhaftierter), beim Sozialdienst katholischer Frauen und Männer und im Weißen Ring ist Hans-Peter Pesch aktiv.

Dennis Schober aus Landau engagiert sich in vorbildlicher Weise für den Sport. Als ehrenamtlicher Direktor leitet er das internationale Stabhochsprungmeeting in Landau, an dem jährlich Springerinnen und Springer der Spitzenklasse teilnehmen. Dennis Schober ist selbst aktiver Stabhochspringer und gehört zu den besten seiner Altersklasse in Deutschland. Beim Turnverein TV 1861 leitet er zudem ehrenamtlich die Abteilung Leichtathletik.



DIGITALISIERUNG: MEHR TRANSPARENZ BEI ENTSCHEIDUNGEN DURCH ALGORITHMEN

Dreyer setzt sich für mehr digitalen Verbraucherschutz ein

„Bei automatisierten Entscheidungen, die von Algorithmen getroffen werden, muss es mehr Transparenz und eine unabhängige Kontrolle geben“, forderte Malu Dreyer. Die Ministerpräsidentin schlägt hierzu vor, eine bundesweite Zertifizierung von Algorithmen sowie eine Beschwerdestelle für Nutzerinnen und Nutzer einzuführen.

„Das Zertifikat soll bestätigen, dass Algorithmen bestimmte Kriterien erfüllen. Wir müssen uns auf gemeinsame Standards verständigen, die weitgehend verhindern, dass Algorithmen diskriminierend wirken oder der Vertrauensschutz der Nutzerinnen und Nutzer im Hinblick auf Daten verletzt wird“, so Dreyer. Der Landesrat für digitale Entwicklung und Kultur fordert zudem den Aufbau einer Stelle, die die Zertifizierung durchführt. Sie soll die Einhaltung der Kriterien prüfen und als Beschwerdestelle für Nutzerinnen und Nutzer dienen. Außerdem sei eine Intensivierung der Anstrengungen zur sicheren Beherrschung wichtiger innovativer Technologien und Anwendungen notwendig.

Ausdrücklich begrüßte Ministerpräsidentin Malu Dreyer das vom Bundesverband der Verbraucherzentralen veröffentlichte Thesenpapier „Algorithmenbasierte Entscheidungsprozesse“. „Wir stellen als Gesellschaft noch zu wenig Fragen hinsichtlich Algorithmen und ihrer Wirkung“, erklärte die Ministerpräsidentin. „Wie viel Entscheidungsmacht wollen wir an Algorithmen abgeben, wie sollen Algorithmen abgesichert werden und wie kann die Gesellschaft bestmöglich von Algorithmen profitieren? Diese Fragen müssen gesamtgesellschaftlich breiter diskutiert werden.“

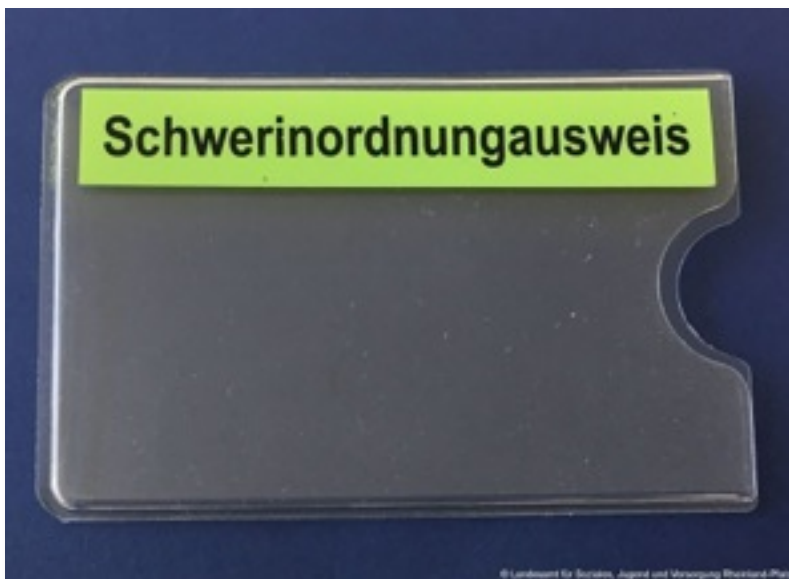
Automatisierte Entscheidungsfindungen durch Algorithmen seien weit verbreitet. Sie würden in Zukunft zunehmend durch Technologien wie künstliche Intelligenz unterstützt. Diese Automatismen seien in vielen Fällen im Sinne des Benutzers, beispielsweise wenn ein Algorithmus im Navigationsgerät den besten Weg ohne Baustellen und Staus umgehend von alleine errechne. „Algorithmen können aber auch diskriminierend wirken“, so die Ministerpräsidentin. Sie verwies auf Fälle aus den USA, in denen Bewerbungen durch Computerprogramme vorsortiert würden. Algorithmen seien zudem bei Versicherungsunternehmen imstande, die Lebenserwartung von Menschen zu berechnen, und seien so an der Entscheidung beteiligt, welcher Kunde welchen Tarif bekomme.



„SCHWER IN ORDNUNG“ STATT SCHWERBEHINDERT

Rheinland-Pfalz führt „Schwerinordnungsausweis“ ein

Rheinland-Pfalz ist eines der ersten Bundesländer, das den Wunsch nach einem „Schwerinordnungsausweis“, umgesetzt hat. Viele Menschen mit Behinderungen, vor allem junge Menschen, wünschen sich anstelle ihres Schwerbehindertenausweis einen „Schwerinordnungsausweis“. Dieses Anliegen hat die Landesregierung ernst genommen und für den Schwerbehindertenausweis eine Kartenhülle entwickelt. „Hierbei steht vor allem der Gedanke der Inklusion in die Gesellschaft, in der jeder Mensch respektiert wird und gleichberechtigt sowie selbstbestimmt an dieser teilhaben kann, im Vordergrund.“, erklärte Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der Ausgabe der ersten Hüllen.



„Der Schwerbehindertenausweis ist ein amtliches Dokument und ist in seiner Form nicht veränderbar. Ohne auch nur ansatzweise die Behinderung nicht ernst nehmen zu wollen oder gar lächerlich zu machen, freut es mich, dass mit dieser Kartenhülle ein Weg gefunden wurde, die Idee der überwiegend Jüngeren in das Verwaltungsverfahren einzubinden“, betonte Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

Die Hülle mit der Aufschrift „Schwerinordnungsausweis“ kann ab 2018 kostenfrei beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) beantragt werden.

Aktuell leben in Rheinland-Pfalz rund 786.000 Menschen mit Behinderung. Davon sind rund 430.000 Menschen sogar schwerbehindert, d.h. bei ihnen ist ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr festgestellt. Schwerbehinderte Menschen haben Anspruch auf einen Schwerbehindertenausweis. Aber nicht alle schwerbehinderten Menschen wollen einen Ausweis. Derzeit haben rund 327.000 Menschen in Rheinland-Pfalz einen gültigen Schwerbehindertenausweis.

Zum Thema Schwerbehindertenausweis wird das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung am 11. und 14. März 2018 auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung in Mainz vertreten sein. Dort beraten Fachexperten interessierte Messebesucherinnen und -besucher und stehen für Fragen gerne zur Verfügung. Das LSJV wird vom 10. bis 18. März 2018 mit verschiedenen Themen auf der Verbrauchermesse mit einem Messestand vertreten sein.

Wissenswertes zum Grad der Behinderung:

Der Grad der Behinderung (GdB) gibt das Ausmaß der Behinderung bzw. das Ausmaß der Teilhabebeeinträchtigung wieder und ist das Maß für die körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Auswirkungen einer Funktionsbeeinträchtigung aufgrund eines Gesundheitsschadens. Er ist sozusagen der Gradmesser der Behinderung: Je stärker die Beeinträchtigung, desto höher der Grad der Behinderung. Der GdB berücksichtigt die Auswirkungen von Funktionsbeeinträchtigungen in allen Lebensbereichen und nicht nur die Einschränkungen im Erwerbsleben. Aus dem GdB ist nicht auf das Ausmaß der Leistungsfähigkeit zu schließen. Auch ein Mensch mit einem GdB von 100 kann in seinem Beruf voll einsatzfähig oder ein leistungsfähiger Sportler sein.

RHEINLAND-PFALZ UNTERSTÜTZT INKLUSIONSFIRMEN

Viele Menschen mit Behinderungen sind hoch motiviert, sich ins Arbeitsleben einzubringen. Wenn sich Unternehmen auf diese Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einstellen und mindestens zu 30 Prozent Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen, können sie als Inklusionsfirmen anerkannt und als solche gefördert werden. „Damit wollen wir in Rheinland-Pfalz noch mehr passende Arbeitsplätze für Menschen mit Schwerbehinderung schaffen, die bisher nicht am Erwerbsleben teilhaben konnten“, so Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. „Mit der Förderung für Inklusionsfirmen setzen wir nicht nur starke Anreize, sondern bringen auch Anerkennung für diejenigen zum Ausdruck, die für Menschen mit Behinderungen neue Chancen im Berufsleben eröffnen.“

Das Förderangebot des Landes umfasst einen Investitionskostenzuschuss für die geschaffenen Stellen für Menschen mit Behinderungen, einen dauerhaften Personalkostenzuschuss und einen Zuschuss zu arbeitsbegleitender Betreuung. Neben kompletten Unternehmen können auch Betriebsteile oder betriebsinterne Abteilungen als Inklusionsfirmen bezuschusst werden.



INNOVATIVES „BEDARFSGEMEINSCHAFTSCOACHING“ SOLL FAMILIEN VON LANGZEITARBEITSLSEN HELFEN

3,29 Mio. Euro für dreißig neue Projekte in Rheinland-Pfalz

Zu Jahresbeginn ist in Rheinland-Pfalz der neue ESF-Förderansatz „Bedarfgemeinschaftscoaching“ gestartet. Landesweit werden im Jahr 2018 dreißig Projekte durchgeführt, die durch ihre innovative Herangehensweise dazu beitragen sollen, die Beschäftigungsfähigkeit von langzeitleistungsbeziehenden Menschen in Rheinland-Pfalz zu steigern und ihre beruflichen Perspektiven zu verbessern.

„Mit dem Bedarfsgemeinschaftscoaching verfolgen wir flächendeckend einen neuen und innovativen Ansatz, den wir zuvor in der Westpfalzinitiative und zwei weiteren Modellprojekten des Landes erprobt haben. Die Betreuung der Teilnehmenden erfolgt überwiegend als aufsuchende Arbeit, das heißt die Sozialpädagogen und Sozialarbeiter kommen zu den Menschen nach Hause. Sie wenden sich zudem nicht nur der einzelnen Person zu, sondern betrachten das ganze familiäre Lebensumfeld, im Sinne des SGB II eben die „Bedarfgemeinschaft“, erklärte Arbeitsministerin Bätzing-Lichtenthäler. Dadurch soll bei Bedarf auch eine Verbesserung der Situation der in den Familien lebenden Kindern erreicht werden, zum Beispiel indem die schulische Situation in den Blick genommen wird und Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden. Eingefahrene familiäre Strukturen, die ein Abhängigkeitsverhältnis von staatlichen Leistungen auch in der Zukunft erwarten lassen, werden gezielt angegangen.“



Für die Projekte wurden 2,17 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und 1,12 Millionen Euro aus Mitteln des Landes bewilligt. Sie werden außerdem aus Mitteln der Jobcenter gefördert. Sie sollen rund 1.200 Menschen perspektivisch auf eine Eingliederung in den Arbeitsmarkt vorbereiten.



Ziel der dreißig neuen Projekte ist es auch, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wieder am sozialen Leben teilhaben und das Zusammenleben in den Familien gestärkt wird. Die Projekte sollen außerdem auf weiterführende Maßnahmen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, wie beispielsweise den ESF-Förderansatz „Perspektiven eröffnen“ oder andere Qualifikationsmaßnahmen der Jobcenter, vorbereiten. „Im Zusammenspiel mit bereits bestehenden ESF-Förderansätzen sowie den Regelinstrumenten des SGB II entsteht damit erstmals eine Integrationskette für alle Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen, die von einer intensiven Betreuung im Familienumfeld bis hin zur Arbeitsmarktintegration reicht“, erklärte Bätzing-Lichtenthäler. Das Land reagiere damit flexibel auf die Bedarfe vor Ort.

KANDEL: „TROST IN DIESER SCHWEREN ZEIT“

„Unsere Gedanken und unser tief empfundenes Mitgefühl sind mit den Eltern, der Familie und den Freunden des getöteten Mädchens. Die 15-Jährige wurde gewaltsam aus dem Leben gerissen. Es gibt keine Worte, um zu beschreiben, welche Wunden und welchen Schmerz der Tod der geliebten Tochter hinterlässt. Wir wünschen den Angehörigen Trost und Kraft in dieser schweren Zeit“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer anlässlich der Trauerfeier der getöteten Schülerin aus Kandel. Ihre Solidarität gelte auch dem Bürgermeister und den Flüchtlingshelfern vor Ort, die derzeit Anfeindungen ausgesetzt seien. Dreyer konnte nicht persönlich an der Trauerfeier teilnehmen.

Für die Landesregierung waren der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Volker Wissing, Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler sowie die Integrationsstaatssekretärin Dr. Christiane Rohleder anwesend. „Wenn ein junger Mensch, der noch sein ganzes Leben vor sich hat, getötet wird, lässt dies das gesamte Umfeld mit Schmerz, Trauer und Ratlosigkeit zurück. Die Menschen hier zeigen, wie sehr sie einander in schweren Zeiten beistehen“, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Volker Wissing. Er betonte erneut, wenn ein Mensch inmitten von Menschen, am helllichten Tag getötet werde, könne man das nicht einfach hinnehmen. Es müssten Fragen gestellt und beantwortet werden.

„Die Tat muss aufgeklärt und der Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Auch wenn der Verlust eines geliebten Menschen niemals wieder gut zu machen ist: Unser demokratischer Rechtsstaat steht dafür, dass dem Opfer und seinen Angehörigen Gerechtigkeit widerfahren wird“, sagten Wissing und Bätzing-Lichtenthäler.